

**Rede von Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup zur Preisverleihung des
Golden Award of Change
für die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik am 10. Oktober im
Rathaus München**

Liebe Frau Dellefant,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Namen der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik darf ich mich ganz herzlich für die Verleihung des *Golden Award of Change 2010* bedanken. Wir freuen uns sehr darüber.

Lassen sie mich ein paar Worte zu unserer Arbeitsgruppe und auch zu unserer Arbeit sagen. Konstituiert hat sich die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1975. Wir haben als offene Gruppe keinen Instituts- oder Vereinscharakter mit entsprechenden Statuten oder einer Satzung. Wer bei uns als kritischer Ökonom oder Ökonomin gegen die neoliberale Hegemonie mitarbeiten will, ist herzlich willkommen. Ganz wichtig ist uns unsere Unabhängigkeit, insbesondere auch gegenüber Parteien. Von den Medien werden wir manchmal als „Gewerkschaftsökonom“ betitelt. Dies können wir insofern akzeptieren, weil unsere wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlungen im Gegensatz zu den „Arbeitgeberökonom“ nicht auf Lohnsenkungen und auf einen Abbau des Sozialstaats basieren. Dies heißt aber nicht, dass wir die Gewerkschaften nicht auch kritisieren.

Als Ökonomen und Ökonominen vertreten wir eine Alternative Wirtschaftspolitik, die sich nicht als ein umfassendes wissenschaftliches Theoriensystem – etwa der Klassik oder Neoklassik vergleichbar – begreifen lässt, in der aus der abstrakten Konstruktion idealtypischer Wirtschaftszusammenhänge universell gültige wirtschaftspolitische Reformen abgeleitet werden. Alternative Wirtschaftspolitik basiert vielmehr auf der Analyse makroökonomischer Zusammenhänge, die in ökonomische Entwicklungs- und Verteilungstheorien eingebettet sind. Vorstellungen über alternative Wirtschaftspolitik sind damit immer in konkrete ökonomische und politische Auseinandersetzungen integriert. Uns geht es um eine Wirtschaftspolitik, die auf *Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit* und auf *ökologische Nachhaltigkeit* setzt und nicht auf eine einseitige Befriedigung von Gewinninteressen, die letztlich immer gegen die Mehrheit einer Gesellschaft gerichtet sind.

Wir warnen jetzt seit 35 Jahren vor dem verhängnisvollen, gesellschaftszerstörenden Neoliberalismus, der immer nur eins wollte: Umverteilen von unten nach oben. Und wir haben auch immer vor der unsinnigen Behauptung gewarnt, es gäbe zum Neoliberalismus, zum Marktradikalismus und zur Privatisierung der Welt, keine Alternative. Schon im ersten nur vier Seiten umfassenden Memorandum „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“ von 1975 hieß es dazu:

„Unseren entschiedenen Widerspruch setzen wir allen Behauptungen entgegen, zu den von der Bundesregierung beschlossenen und geplanten, in ihren Wirkungen unsicheren und sozialen Maßnahmen gäbe es keine Alternative. Derartig wissenschaftlich unhaltbare Behauptungen blieben in der Öffentlichkeit bisher u.a. deswegen weitgehend unwidersprochen, weil der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der in der Öffentlichkeit als Sprachrohr der Wissenschaft zu Fragen der Wirtschaftspolitik angesehen wird, mittlerweile so einseitig zusammengesetzt ist, daß in seine Stellungnahmen nicht die in der Wissenschaft vertretene Breite der Anschauungen einfließt.“

Heute ist die wirtschaftstheoretische und daraus abgeleitet die wirtschaftspolitische Einseitigkeit noch größer geworden. Unsere überwiegend linkskeynesianische Positionen wurden von der jeweils herrschenden Politik so gut wie nie berücksichtigt. Das frustriert natürlich, zumal man gleichzeitig die negativen Ergebnisse einer neoliberalen Mainstream-Ökonomie Jahr für Jahr vorgeführt bekommt. Wir haben aber nie aufgegeben.

An dieser Stelle gebührt insbesondere den drei Gründungsmitgliedern der Arbeitsgruppe, den Professoren Rudolf Hickel, Jörg Huffs Schmid und Herbert Schui besonderer Dank. Sie haben von Anfang an für eine Alternative Wirtschaftspolitik gekämpft und sich immer wieder eingebracht. Leider haben wir Ende letzten Jahres Jörg Huffs Schmid durch seinen Tod nach schwerer Krankheit viel zu früh verloren. Jörg hat, wie kaum ein anderer, bis kurz vor seinem Tod die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik mit seinem enormen theoretischen Wissen und vielen empirischen Untersuchungen immer wieder inspiriert und es gibt – so glaube ich – kein einziges herausgegebenes Memorandum oder Sondermemorandum, wo Jörg nicht schriftliche Vorlagen geliefert hat. Dies gilt übrigens genauso für Rudolf Hickel.

Ich möchte heute zur Preisverleihung auch besonders Dr. Axel Troost erwähnen. Fast von Beginn an hat er die nicht einfache Organisation der Arbeitsgruppe gemanagt und viele theoretische und wirtschaftspolitische Gedanken in die ungezählten Diskussionsrunden eingebracht und den „Laden“ bewundernswert zusammengehalten. Ohne sein Management würde es die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik wohl nicht mehr geben.

Die Jury schreibt in ihrer Begründung zur Preisverleihung, dass die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik nicht nur über viele Jahre immer wieder auf falsche und risikoreiche Parameter in der Wirtschaftspolitik hingewiesen und alternative Lösungen aufgezeigt hat, sondern auch immer bestrebt war, diese Missstände und Verbesserungsvorschläge in die Politik und die Gesellschaft zu tragen. Das trifft den Kern unserer Arbeit sehr gut. Es gab von Anfang an immer diese doppelte Intention: Zum einen eine wirtschaftswissenschaftlich fundierte Alternative zur herrschenden neoklassischen/neoliberalen Wirtschaftstheorie und -politik zu erarbeiten und aufzuzeigen – aber nicht für den wissenschaftlichen „Elfenbeinturm“. Und zum andern geht es uns um eine möglichst konkrete und praktische Hilfestellung für all diejenigen, die sich nicht mit einer Wirtschaftspolitik abfinden wollen, die einseitig den Kapitalinteressen dient.

Selbst die gerade ablaufende und längst noch nicht ausgestandene schwerste Krise des kapitalistischen Systems seit acht Jahrzehnten hat zu keinem Umdenken der so genannten Eliten aus Politik und Wirtschaft geführt. Wir haben dies gerade noch einmal in einem Sondermemorandum unter dem Titel: *„Politik hat nichts gelernt – das Umverteilen von unten nach oben geht weiter“* aufs schärfste kritisiert.

Die wahre Krisenursache, nämlich die neoliberal gewollte Umverteilung von unten nach oben, von den Löhnen zu den Besitzeinkommen, wird nach wie vor von den Herrschaftseliten aus Interessengründen verdrängt. Und auch von den Medien ist die Krisenursache nicht öffentlich gemacht worden. Im Gegenteil: die Krisenursache wurde in einer unerträglichen Art und Weise personalisiert – „die bösen Manager waren es“ – und damit systemisch wegdefiniert. Die meisten Medien spielen dabei, wie schon vor der Krise, das gleiche erbärmliche Spiel. Sie klären nicht auf, sie schreiben nicht über ökonomische Wahrheiten, sondern sie mystifizieren.

Natürlich haben Bankmanager versagt und die Investmentbanker haben mehr als eine kriminelle Ader entwickelt, so Altbundeskanzler Helmut Schmidt. Noch mehr, und dies ist entscheidend, hat aber die herrschende Politik auf ganzer Linie versagt. Wer als Politiker dem „schlanken“ Staat und dem deregulierten Markt, insbesondere auf den Finanzmärkten, das Wort geredet und letztlich das Laissez-Faire-Prinzip auch umgesetzt hat, der hat eine hohe Schuld auf sich geladen. Das Problem ist nur, dass die neoliberal denkende Politik immer noch an der Macht ist. Deshalb gibt es auch so gut wie keine Veränderung. Die neoliberalen „Brandstifter“ und Gesellschaftszerstörer wurden nur kurz, über Nacht zu „Bastard-Wendehals-Keynesianer“ und machten einen bisher nicht für möglich gehaltenen Schwenk in Richtung aktiver Konjunkturprogramme und extrem expansiver

Geldpolitik. Damit die Vermögenden und Kapitaleigner nicht zur Kasse – zur Haftung, die sie sonst bei jeder Gelegenheit als Rechtfertigung für ihre Mehrwertaneignungen betonen – gebeten werden mussten, wurden die Krisenverluste durch eine massive Ausweitung der Staatsverschuldung kurzerhand sozialisiert. Da Steuererhöhungen für die Krisenverursacher weiterhin ausgeschlossen werden, wird die Staatsverschuldung nun als Grund für Haushaltskonsolidierungen herangezogen und damit noch mehr private und öffentliche Armut hergestellt. Diese Rechnung wird jedoch nicht aufgehen. Mit einer solchen unverschämten einseitigen Interessenpolitik stößt das kapitalistische System in den hoch entwickelten, produktiven Industrieländern an seine Grenzen.

Deshalb fordern wir als Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik endlich zur Besinnung zu kommen. Es muss ein radikales Umdenken stattfinden. Wachstumseinbrüche, Arbeitsplatz- und Kapitalverluste sowie Staatsverschuldungen werden zu einer noch größeren Spaltung der Gesellschaften in Arm und Reich führen, und auch zwischen den Volkswirtschaften werden die Spannungen größer werden, so dass letztlich sogar die *Europäische Union* zur Disposition stehen könnte. Auch wird sich die Produktions- und Finanzwirtschaft durch die Krise weiter konzentrieren und damit noch mehr *privatwirtschaftliche Macht* und Ausbeutungspotenzial innerhalb der Wirtschaft, aber auch gegenüber der einzig gesellschaftlich demokratisch durch Wahlen legitimierten Politik entstehen, die weiter unsere Demokratie gefährdet.

Was muss alternativ konkret passieren? Fünf Dinge:

Erstens eine auf europäischer Ebene abgestimmte *Fiskal- und Geldpolitik*. Dazu ist der „Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt“, als ein „Behinderungspakt“, abzuschaffen. Was wir in Europa und in Deutschland dringend brauchen sind keine „Schuldenbremsen“, sondern „*Steuersenkungsbremsen*“ (Peter Bofinger). Auch die jetzt in fast allen europäischen Ländern aufgelegten oder noch folgenden „Sparprogramme“ und weitere Privatisierungen sind grundfalsch. Sie werden die Krise prozyklisch verschärfen und noch mehr soziale Spaltungen und Armut in Europa herbeiführen. Richtig wäre jetzt dagegen ein in der EU abgestimmtes ökologie-, sozial- und bildungsorientiertes *Konjunkturprogramm*. Die Finanzierung könnte durch die Wiedererhebung einer Vermögensteuer, eine gerechte Erbschaftsteuer sowie die gegenwärtig diskutierte Einführung einer Finanztransaktionsteuer geleistet werden. Außerdem haben staatliche Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme wegen ihrer multiplikativen Wirkung einen hohen Selbstfinanzierungseffekt. Dringend notwendig ist weiter eine *expansive Geldpolitik* durch die Europäische Zentralbank (EZB).

Zweitens müssen diese kurzfristigen fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen durch systemisch-strukturelle Veränderungen ergänzt werden. So sind die *inter-*

nationalen Finanzmärkte aus ihrer in der Vergangenheit vollzogenen Liberalisierung wieder in staatlich *streng regulierte Märkte* zu überführen. Die Krise habe gezeigt, so der Vorsitzende des SoFFin, Hannes Rehm, das unregulierte Märkte zu ungeheuren Verlusten bis hin zur Selbstzerstörung führen. Der Staat hat gerade im Finanzwesen eine wichtige Gestaltungsaufgabe, dies sei jedoch im weltweiten Wettbewerb der Finanzplätze aus dem Blick geraten. Die jetzt auf EU-Ebene beschlossenen Kontrolleinrichtungen in den Bereichen Banken, Versicherungen und Börsen sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung, sie reichen aber noch nicht aus. Viel wichtiger und zielführend sind hier die sofortige Schließung sämtlicher *internationaler Steueroasen* und eine abgestimmte internationale Besteuerung der Finanzmarktumsätze durch die schon erwähnte *Finanztransaktionssteuer*.

Hinzu kommen muss eine Reform des *Bankensystems* durch eine demokratische Einbettung der Geldinstitute in ihr ökonomisches und gesellschaftliches Umfeld. Der Regulierungsrahmen Basel II ist dabei zu korrigieren und die prozyklischen und polarisierenden Elemente sind zu beseitigen. Die *Eigenkapitalbasis* für ausgereichte Kredite ist von zurzeit 4 % sukzessive auf 10 % in einem Basel III Abkommen zu erhöhen. Dies schafft mehr Sicherheiten in der Krise. Außerdem müssen die Banken auf ihre wesentlichen *Kernfunktionen* wie a) die Organisation des Zahlungsverkehrs, b) das Einlagengeschäft zur einfachen und sicheren Ersparnisbildung und c) die Finanzierung gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvoller öffentlicher und privater Investitionen durch Kreditvergabe zurechtgestutzt werden. Die unerträglich gewordene *Bankenmacht* gilt es zu beseitigen. Die Banken müssen nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ihre in den Bilanzen verschleierte und in Zweckgesellschaften oder „Bad Banks“ ausgegliederten Verluste schonungslos offenlegen und wertberichtigen. Reicht dabei die Eigenkapitalbasis nicht aus, müssen Banken wie jedes andere Unternehmen grundsätzlich auch in Insolvenz gehen. Wird allerdings bei Insolvenz einer „systemrelevanten Bank“ das ganze Finanzsystem bedroht, so muss der Staat die Bank durch eine Rekapitalisierung in öffentliches Eigentum überführen.

Parallel dazu bedarf es eines verschärften *internationalen Wettbewerbsrechts* zur Eindämmung der Marktmacht von internationalen Konzernen, um auch hier das Erpressungspotenzial gegenüber der demokratisch gewählten Politik in den einzelnen Nationalstaaten unter Kontrolle zu bringen. In der EU sind endlich ein *Europäisches Kartellamt* und eine *Europäische Monopolkommission* auf Basis eines vereinheitlichten strengen *Europäischen Wettbewerbsrechts* einzurichten und Verstöße gegen das Gesetz sind nicht wie heute in den einzelnen europäischen Ländern mit einem Bußgeld, sondern mit dem *Strafgesetzbuch* zu ahnden. Konzerne ab einer branchenbezogen zu bestimmenden Größenordnung sind zu zerschlagen oder, wenn dies aus ökonomischen Gründen, z.B. wegen des Verlustes

von economies of scale (Skalenerträgen), nicht sinnvoll ist, unternehmensintern zu demokratisieren. Als Gegenmachtbildung zu privatwirtschaftlichen Unternehmen gehört auch der Ausbau *öffentlicher und genossenschaftlicher Unternehmen* im Sinne einer solidarischen Ökonomie. Bereiche, die der *Daseinsfürsorge* dienen und gesellschaftliche Basisgüter bereitstellen, wie die Energie-, Gesundheits- und Pflegewirtschaft, sind besonders staatlich zu kontrollieren.

Drittens muss speziell Deutschland seine Wirtschaftspolitik zur Beseitigung der *Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen* verstärkt auf die *Binnenwirtschaft* ausrichten. Gemäß dem deutschen „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ von 1967 liegt nur solange ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht vor, wie der Außenbeitrag am Bruttoinlandsprodukt von +/- 1,5 % eingehalten wird. Gegen diese Vorgabe verstößt Deutschland seit Jahren massiv.

Bei der *Primärverteilung* ist deshalb zum Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse zu einer uneingeschränkten *produktivitätsorientierten Reallohnpolitik* zurückzukehren. Hierdurch kommt es im Ergebnis aber nur zu einer *Verteilungsneutralität*. Die gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Profitquoten bleiben konstant – und die abhängig Beschäftigten ohne eine *Umverteilungskomponente* zur Erhöhung der Lohnquote „Habenichtse“, wie Oswald von Nell-Breuning gesamtwirtschaftlich aufzeigte.

Sie bleiben sozusagen auf die Konsumgütersphäre als „Gefangene“ mit ihrem Lohn (Tauschwert ihrer Arbeit) beschränkt und damit ohne den vollen Wert ihrer Arbeit zu erhalten zusätzlich noch von der Entwicklung der Investitionssphäre abhängig, die einzig und allein durch das „*Investitionsmonopol des Kapitals*“ (Erich Preiser) beherrscht und durch die erwartete Profitrate bestimmt wird.

Hieraus leiten sich eine Reihe von wirtschaftspolitisch dringend umzusetzenden *Alternativen* im Sinne eines Links-Keynesianismus ab, die aber sämtlich konträr zum neoliberalen Dogma stehen: Dazu gehört eine *produktivitätsorientierte Lohn- und Arbeitszeitpolitik*. Hierin zu integrieren sind zur Schließung der Produktions-Produktivitätslücke kollektive *Arbeitszeitverkürzungen* mit Lohnausgleich. Daneben ist auf Basis von Flächentarifverträgen eine Umverteilung zu Gunsten der abhängig Beschäftigten durch echte „On-top“ *Gewinn- und Kapitalbeteiligungen* durchzusetzen. Und bis zum Erreichen von Vollbeschäftigung sind im Niedriglohnbereich *gesetzliche Mindestlöhne* verbindlich zu machen. Menschenverachtende Leiharbeit ist ohne Ausnahme zu verbieten. Dies alles wird aber noch nicht reichen. Notwendig ist zusätzlich als arbeitsmarktpolitische Komponente der Ausbau eines *öffentlich geförderten Beschäftigungssektors*.

Viertens muss eine völlig veränderte *Steuerpolitik* umgesetzt werden: Die gewinnträchtigen Unternehmen und die Spitzenverdiener sind im Vergleich zu heute wesentlich höher zu besteuern. Der Spitzensteuersatz (Grenzsteuersatz) bei

der *Einkommensteuer* muss ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro auf 48 % angehoben werden. Der *Körperschaftsteuersatz* ist auf 35 % zu erhöhen. Bei Gewinnthesaurierungen, die nachweislich für beschäftigungssichernde Investitionen im Unternehmen verbleiben, können Steuerabschläge gewährt werden. Das *Ehegattensplitting* wird ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro abgeschafft. Die zu versteuernden Einkommen unterhalb von 60.000 Euro sind zu entlasten. Die *Abgeltungsteuer für Kapitaleinkünfte* (Zinsen, Mieten, Pachten und Dividenden) ist abzuschaffen und die Kapitaleinkünfte sind wieder mit den Gesamteinkünften entsprechend zu besteuern, ansonsten werden Kapitaleinkommen steuerrechtlich besser gestellt als Arbeitseinkommen. Die völlig ungleich verteilten Vermögenswerte sind durch adäquate *Vermögens- und Erbschaftsteuern* zum Teil der Gesellschaft zurück zu geben. Erben haben für ihre Erbschaft nichts geleistet. *Wirtschaftskriminalität* und *Steuerhinterziehung* sind radikal zu bekämpfen. Hier gehen dem Fiskus in Deutschland jährlich allein 100 Mrd. Euro verloren. Hinsichtlich der *Sozialabgaben* muss uneingeschränkt zum Prinzip der Solidarität in Form eines „öffentlichen Gutes“ zurückgekehrt werden. Mit Leistungskürzungen und Privatisierungen ist hier Schluss zu machen. Die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen sind in Richtung Arbeitgeberbeiträge zu erhöhen und in Richtung Arbeitnehmerbeiträge zu senken.

Fünftens muss noch eine ordnungstheoretische Notwendigkeit hinzukommen: Die *private Wirtschaft ist zu demokratisieren*. Die Begründung hierfür ist einfach: Der Mensch will nicht bloß ein Mittel innerhalb der Wirtschaft sein. Der Mensch ist auch Selbstzweck. Deshalb sollten die Unternehmen von ihrem „kapitalistischen Charakter“ bzw. vom „Investitionsmonopol des Kapitals“ und die Beschäftigten aus der „Gefangenschaft der Konsumgütersphäre“ befreit werden. Dazu dürfen die Beschäftigten nicht nur auf ihre heutige Lohnfunktion reduziert werden, sondern sie sollten über ihre gewählten Vertreter in den Betriebs- und Aufsichtsräten gleichberechtigt (demokratisch) auch an Entscheidungen über die Beschäftigung, die Unternehmensorganisation, über die Gewinnverwendung oder auch über die operative und strategische Ausrichtung „ihres“ Unternehmens beteiligt werden. Die Asymmetrie zwischen Kapital und Arbeit auf der unternehmerischen (mikroökonomischen) Ebene der Wirtschaft verträgt sich nicht mit einer demokratischen Partizipation bzw. ist hochgradig widersprüchlich angelegt, genauso wie die Dichotomie zwischen einer nichtdemokratisierten Wirtschaft als Unterbau zum demokratisch verfassten Staat als Überbau in einer Gesellschaft. Wirtschaftsdemokratie verlangt daher auch nach einer größeren *Demokratisierung des staatlichen Sektors* durch mehr *interne Parteiendemokratie*.

Zusammenfassend: Sie sehen, wir haben kurzfristig umsetzbare Alternativen und mit diesen konfrontieren wir die aktuelle Politik, aber wir versuchen auch Visionen zu entwickeln, wie unsere Gesellschaft ohne Massenarbeitslosigkeit, mit sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit, mit ökologischer Nachhaltigkeit, mehr Geschlechtergerechtigkeit und international stärkerem Ausgleich aussehen könnte.